

Killt Kioto, stoppt den Klimazirkus!

VON ROBERT GOEBBELS *

Jedes Jahr das gleiche Spektakel: Irgendwo in der Welt, meistens in sonnigen Gefilden, treffen sich die hohen Beamten der 23 Agenturen der Vereinten Nationen mit den hohen Beamten anderer internationaler Organisationen sowie der nationalen Umweltbehörden, um wieder einmal „den Planeten zu retten“. Zu ihnen stoßen die spezialisierten Institute, die sich der Klimaforschung verschrieben haben, sowie Hundertschaften von professionellen „Umweltschützern“ der selbst ernannten Zivilgesellschaft. Zum jüngsten Klimagipfel im vollklimatisierten Doha strömten 17 000 Gutmenschen, alle auf Kosten der Allgemeinheit im Flugzeug angereist.

Nach einer Woche nutzloser Palaver wurden die Politiker eingeflogen. Anfänglich kamen zu den Klimagipfeln noch die Staats- und Regierungschefs. Nunmehr erscheinen bloß die Umweltminister oder deren Stellvertreter, eingerahmt von parlamentarischen Feigenblättern.

Vorbereitet werden die Konferenzen mit einem Wulst an Berichten internationaler Organisationen, die düsterste Warnungen über den Zustand des Planeten ausstoßen. So etwa die Weltbank, welche bis zum Ende des Jahrhunderts einen Anstieg der mittleren Temperaturen von vier Grad prophezeit. Den Bericht ließ die Weltbank sich schreiben vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung des Herrn Professor Schellnhuber, dem Erfinder des Zwei-Grad-Limits, der angeblich dem Planeten noch zuzumuten wäre. Als ob das komplexe Klimasystem der Erde wie ein Thermostat eingestellt werden könnte.

Dass Professor Schellnhuber seine altbekannten Prognosen für die Weltbank bestätigte, dürfte kaum erstaunen. Der Herr Professor war selbstverständlich auch in Doha, wo er einen Beratervertrag für die Regierung von Katar ergatterte, bezahlbar in Petrodollars.

Die Kassandras standen noch immer höher im Kurs als die vielen Wissenschaftler, die sich nicht im Klimazirkus der Uno verdingen und die wahren Probleme unserer Umwelt viel nüchterner sehen. Trotz der von allen Medien verbreiteten Horrorszenerien über die Klimaentwicklung endete die Konferenz in Doha wie ihre Vorgängerinnen von Rio bis Durban, von Kopenhagen bis Cancun, von Bali bis Bangkok: Außer Spesen nichts gewesen.

Zelebrierung des Minimums

Der delegierte Umweltminister Marco Schank, der mit den Abgeordneten Boden und Berger Luxemburg in Doha vertrat, erklärte nach seiner Rückkehr dem „Wort“ „Wir haben nur das Minimalziel erreicht, von dem wir auch vor Beginn der Konferenz ausgegangen sind“.

Was soll denn eine solch aufwendige Veranstaltung hinter der wohltemperierten Glitzerfassade der Wüstenstadt Doha, wenn man schon vor der Abreise weiß, dass eigentlich nur das Datum der nächsten Klimakonferenz beschlossen wird?



UN-Generalsekretär Ban Ki Moon anlässlich des Klimagipfels in Doha.

(FOTO: AFP)

Dennoch zelebrierten die in Doha versammelten europäischen Umweltminister mit der für Klimapolitik zuständigen Kommissarin Hedegaard einen „Erfolg“, der eigentlich ein Eigentor für die Europäer ist: die Verlängerung des zum Jahresende auslaufenden Kioto-Protokolls.

Das ursprüngliche Protokoll, 1997 in der ehemaligen japanischen Kaiserstadt Kioto unterzeichnet, verpflichtete die Industrienationen zu einer Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen. Doch dieses erste Klimaabkommen wurde bloß von drei Dutzend Staaten ratifiziert, aber nicht von den USA, auch nicht von aufstrebenden Industrienationen wie China, Indien, Brasilien, Indonesien, Ukraine, Türkei usw.

Die völkerrechtlich nicht bindende (da zumindest gegen den Einspruch Russlands beschlossene) Verlängerung des Protokolls führt ins Abseits. Neben den oben genannten Staaten haben sich Japan, Kanada, Russland und Neuseeland von Kioto verabschiedet. Es bleiben nur noch die EU und Australien, sowie einige kleinere europäische Staaten wie Norwe-

gen, die Schweiz, Liechtenstein und Kroatien. Die letzten „Kioto-Mohikaner“ emittieren zusammen nicht einmal 15 Prozent der weltweiten Klimagase (der Anteil der EU liegt unter elf Prozent). Selbst wenn die Europäer und Australier ihren Ausstoß um zehn, 20 oder gar 30 Prozent limitieren könnten, hätte dies nur einen geringfügigen Impakt auf die globalen Emissionen. Allein China wird dieses Jahr in absoluten Zahlen mehr emittieren als die Europäer einsparen können!

Dazu die „Neue Zürcher Zeitung“: „Man weiß jetzt, dass es keinen Sinn ergibt, wenn nur einige Industrieländer zu Emissionsreduktionen verpflichtet werden.“

Unbeachtete „Vorreiter“

„Die Welt“ geht in ihrem Kommentar „Lasst es endlich sein“ noch etwas weiter. Ausgehend von der Tatsache, dass die Uno seit nunmehr 20 Jahren „zu dem globalen Konferenz-Tourismus“ einlädt, und in diesem Zeitraum die globalen Emissionen „um ein gutes Drittel weiter gestiegen sind“, sei es vermessen, die Europäische Union anzuhalten, sie

sollte ihr Einsparziel der CO₂-Emissionen bis 2020 von 20 auf 30 Prozent steigern, um somit, wie grüne Aktivisten fordern, „die Klimasünder der Welt noch stärker unter Druck zu setzen“. Laut „Welt“ ist das eine „naive Logik“: „Wenn uns beim 20-Prozent-Ziel niemand folgt, warum sollte es dann jemand beim schwerer zu erreichenden 30-Prozent-Ziel tun?“

Wie der Rest der Welt die angebliche „Vorreiter“-Rolle der EU sieht, wurde in Kopenhagen dokumentiert, wo Präsident Obama zur Festlegung der Schlusserklärung die Chinesen, Inder, Brasilianer et Südafrikaner um sich scharte, derweil Barroso, Merkel und Sarkozy vor der Tür blieben.

Die Europäer sollten sich gerade in Klimapolitik keine Illusionen machen. Nachdem die EU die internationalen Fluggesellschaften, die Europa anfliegen, in den vor sich hinsiehenden Handel mit CO₂-Zertifikaten zwingen wollten, versammelten China und Russland 38 führende Flugnationen in Shanghai, um den Europäern die Stirn zu bieten. Der amerikanische Senat verabschie-

dete gar ein Gesetz, das US-Fluggesellschaften verbietet, Klimaabgaben in Europa zu zahlen. Nachdem Obama das Gesetz unterzeichnet hatte, zog die Kommission „provisorisch“ ihre Auflagen zurück ...

In Doha waren die Europäer praktisch die einzigen, die am „ritualisierten Beschwören von globalen Klimaschutzziele“ (Die Welt) festhielten. Der Wanderspektakel der Vereinten Nationen hat zwar schon die nächsten Konferenzen beschlossen, doch wird es niemals in diesem Rahmen zu einem einigermaßen verbindlichen Abkommen kommen. Weder die Chinesen noch die Inder werden sich auf konkrete Einsparziele festlegen lassen. Und solange die Chinesen und andere nicht an Bord sind, wird der US-Kongress keinen amerikanischen Verpflichtungen zustimmen. Darf daran erinnert werden, dass der amerikanische Senat das vom damaligen US-Vizepräsidenten Al Gore gesponserte Kioto-Protokoll einstimmig ablehnte? Jenem Protokoll, dem die Europäer nunmehr ohne Aussicht auf Erfolg das Siechtum verlängert haben.

Radikaler Strategiewechsel überfällig

Die EU wäre gut beraten, ihre Wahnvorstellungen von einem weltweit juristisch bindenden Klimaabkommen zu beerdigen. Auch wenn 2011 in Durban als „Erfolg“ gefeiert wurde, dass bis 2015 „ein Protokoll, ein anderes legales Instrument oder durch eine konkretisierte Lösung, die legale Kraft habe“ einen für 2020 gültigen globalen Pakt kommen sollte. Allein die knautschige Formulierung zeigt die Hoffnungslosigkeit des Unterfangens.

18 Staaten emittieren 80 Prozent der weltweiten Klimagase. Wäre es nicht erfolgversprechender, wenn die EU mit allen großen Emittenten, angefangen den USA, China, Indien, Russland, Japan usw. in bilaterale Verhandlungen treten würde mit dem Ziel, Handelsströme auch an gegenseitige Anstrengungen in Sachen Energiesparen, Energieeffizienz und Klimaschutz zu binden? Gemeinsame Forschungsprojekte, Technologietransfers könnten angestrebt werden, von denen auch Entwicklungsländer profitieren könnten. Solch bilaterale Abmachungen könnten schnell zu einer vernünftigeren und effektiveren Klimapolitik führen. Nachdem die Verhandlungen in der Welthandelsorganisation WTO für ein globales Handelsabkommen am Zwang zur Einstimmigkeit scheiterten, begannen alle wichtigen Nationen damit, bilaterale Handelsabkommen auszuhandeln. Das Europaparlament genehmigte dieser Tage gleich drei solcher Abkommen mit Südamerika. Bilaterale Abkommen haben den Vorteil, das Machbare schneller umzusetzen.

Möglicherweise ist jedoch politischer Pragmatismus gerade in der Klimapolitik nicht gefragt, weil sonst die beruflichen Klimaschutzler vom Potsdamer Institut bis hin zu Greenpeace und Co. ihre Daseinsberechtigung verlieren würden.

* Der Autor ist Europaabgeordneter der LSAP.